

“Vier-Tage-Woche” durch Energiekrise

“Eine mögliche Gefahr für die nationale Sicherheit” stellen für Sicherheitsberater Rafael Ileta die gegenwärtigen Krisen dar, die die Manila heimgesucht haben.

Chaotische Verhältnisse im öffentlichen Transport, Elektrizitäts- und Wassermangel sowie steigende Nahrungsmittelpreise schafften “ein Klima der Instabilität, das die Menschen in die Arme der anderen Seite treibt”. Gemeint sind die rebellierenden Offiziere der Young Officers' Union (YOU), die geschworen haben, Aquino vor Ende ihrer Amtszeit zu stürzen, wie auch die kommunistische Guerilla.

Die Anfälligkeit der Öl- und Kohlekraftwerke und die ständigen Reparaturarbeiten sowie Wassermangel in den Wasserkraftwerken sind ursächlich für akuten Elektrizitätsmangel in Zentral-Luzon. Der durch tägliche Stromsperrungen von vier bis acht Stunden verursachte Produktionsausfall in der Industrie wird auf 25 Mio. Pesos (2 Mio. DM), der gesamtwirtschaftliche Schaden auf das Vierfache geschätzt.

Um Strom zu sparen und die negativen Auswirkungen der Stromknappheit, angesichts derer man die Prognose für das Wirtschaftswachstum 1990 von 5 % auf 3,9 % korrigierte, zu verteilen, wird in ca. 500 Produktions- und Dienstleistungsunternehmen seit dem 23. April nur noch vier Tage pro Woche gearbeitet. Frau Aquino verfügte mit Wirkung vom 21. Mai per Notstandsgesetz die Einführung der “Tageslicht-Sparzeit” (DSG), d.h. die Uhren wurden eine Stunde vorgestellt.

Das nationale Energieversorgungsunternehmen NAPOCOR hofft, mit kreditfinanzierten Investitionen von 21,1 Mio. US\$ für zwei im Schnellbau zu errichtende Ölkraftwerke ab Juli zusätzliche 330 MW bereitzustellen. Der Gesamtelektrizitätsbedarf von ca. 3000 MW in Luzon steigt jährlich um 7-8 %, wird aber derzeit nur zu 85 % gedeckt. Die für 500 Mio. US\$ angesetzte Fertigstellung der Bauarbeiten des Kernkraftwerkes in Bataan ist deshalb ebenfalls im Gespräch, aber sehr umstritten.

Die Streitkräfte stellen Sonderkommandos zur Bewachung von Elektrizitätswerken, Umspannstationen und Öllagern ab, da befürchtet wird, daß putschende Militärs oder die Guerilla der New People's Army (NPA) die Krise ausnutzen könnten.

Die beiden größten Gewerkschaftsverbände, die Kilusang Mayo Uno (KMU) und der Trade Union Congress of the Philippines (TUCP), kritisierten die Verfügung des arbeitsfreien Montags. 60 % der Industriearbeiterschaft im Raum Manila würden auf Tagesbasis bezahlt und erlitten untragbare Einkommensverluste. Die Gewerkschaften drohten mit Streiks, falls die Regierung nicht sozial verträgliche Regelungen implementiere.

Die Schuld an der Energiekrise wird Präsidentin Aquino angelastet, die 1986 das ambitionierte Energieselbstversorgungsprogramm beendete, mit dem es unter der Präsidentschaft von F. Marcos gelungen war, die Ölabhängigkeit in der Elektrizitätserzeugung von 97 % im Jahr 1973 auf 50 % im Jahr 1985 zu senken. Hinzu kommen in Folge der Regenwaldabholzung und Änderungen in der jährlichen Niederschlagsverteilung drastisch gesunkene Wasserspiegel in den Staudämmen der Wasserkraftwerke.

Sollte es bis Anfang Juni nicht ergebnisreiche Niederschläge geben, ist die Trinkwasserversorgung für mindestens 10 % der Bevölkerung in Manila, i.e. ca. 1,5 Mio. Menschen, stark gefährdet. Die Dürre hat in Nord-Luzon, den Visayas und Teilen Mindanaos bis zu 60 % der ersten Reis- und Kornern zerstört. Die Regierung setzte Preisobergrenzen für Grundnahrungsmittel fest und hat den verstärkten Import von Nahrungsmitteln veranlaßt.

vgl. FEER 10.9.u.10.5.90; AW 2.3.u.4.5.90; Saudi Gazette 4.5.90; PND 30.4.90

Feilschen um die US-Basen

Ohne konkrete Ergebnisse blieb eine bereits zweimal verschobene erste Runde von Sondierungsgesprächen über die Zukunft der US-Basen auf den Philippinen, die vom 14.-18. Mai in Manila stattfand und von heftigen Protesten begleitet war. Vereinbart wurden lediglich “Gespräche über das gesamte Spektrum der Beziehungen” zwischen den USA und den Philippinen. Die Gespräche werden im Juni fortgesetzt.

Wie erwartet, rückte der philippinische Außenminister Raul Manglapus bei den Gesprächen den finanziellen Aspekt in den Vordergrund und bemängelte, daß noch 222,58 Mio. Dollar von den für 1990 zugesagten 481 Mio. ausstehen.

Das bisherige Nutzungsabkommen für die US-amerikanischen Stützpunkte Subic Bay, Clark Airbase und vier kleinere Einrichtungen läuft zum September 1991 aus.

Die Regierung hat inzwischen auch Gutachten über eine alternative Nutzung der Basen in Auftrag gegeben. Das Eingreifen der USA in den Putschversuch vom vergangenen Dezember führten in den vergangenen Wochen Kritiker von links und rechts als Argument gegen den Verbleib der Basen ins Feld. Der frühere stellvertretende Außenminister (Foreign Undersecretary) José Ingles ließ wissen, ein 1988 geschlossenes Abkommen zwischen den Außenministern Schulz und Manglapus enthalte einen Passus, der Zugang und Lagerung von Atomwaffen auf philippinischem Territorium erlaube und damit gegen die Verfassung verstoße.

In den USA ist die Neigung der Angeordneten, eine Pacht-

erhöhung für die Basen zu bewilligen, sehr gering. Dazu haben das Interesse an Osteuropa beigetragen und die Entscheidung Moskaus, seinen Stützpunkt in Cam Ranh Bay in Vietnam, aufzugeben. Zahlreiche philippinische Politiker machen eine Verlängerung des Abkommens aber von deutlich höheren Zahlungen abhängig und schwenken nun auf Anti-Basen-Kurs.

Ein Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Manila schlug die Ausarbeitung eines multilateralen Vertragssystems für den pazifischen Raum vor, ähnlich dem in Europa. Auf einer Asienreise im Februar umriß Verteidigungsminister Cheney die Rolle der USA im Pazifik trotz der Veränderungen im Osten als die des Gegengewichts, sowohl zur Sowjetunion als auch gegen regionale Instabilitäten, wie sie in Nordkorea, Burma, Vietnam, Kambodscha und China auftreten könnten. Andere Staaten der Region verstärkten ihren diplomatischen Druck auf Manila, das Basenabkommen zugunsten der Stabilität und des militärischen Schutzschildes der USA für die Region zu verlängern. Es ist nicht auszuschließen, daß die USA, Südkorea, Taiwan und Japan eine Beteiligung an der Pacht für die Basen vorschlagen werden. Auch eine gemeinsame Nutzung mit dem philippinischen Militär oder eine teilweise Kommerzialisierung der Einrichtungen werden erwo-gen. Zahlreiche Politiker auf beiden Seiten favorisieren einen schrittweisen Rückzug der Amerikaner innerhalb von zehn Jahren.

AW 30.3.90; FEER 22.2 u.12.4.90; PND 19.3.u.14.5.90; SZ 15.u.19./20.5.90

Auswirkungen des Putschversuchs vom Dezember 1989

Erneute Putschversuche sind bisher ausgeblieben, was die Präsidentin bereits als Erfolg wertet und auf die Verhaftung von zehn Verdächtigen des Dezember-Coups zurückführt. Mindestens einer davon, Billy Bibit, wurde von maskierten Soldaten wieder befreit. Der

prominenteste Gefangene, Senator Juan Ponce Enrile, nutzte einen Gefängnisaufenthalt unter komfortabelsten Bedingungen, um sich der Öffentlichkeit als Märtyrer der Regierung zu präsentieren. Er ist nach Zahlung einer Kaution wieder auf freiem Fuß. Auch

Deutsch-Philippinische Beziehungen

die versuchte Inhaftierung des abtrünnigen Gouverneurs von Cagayan, Rodolfo Aguinaldo, brachte der Regierung keine Lorbeeren ein: Aguinaldo setzte sich mit einigen Hundertschaften bewaffneter Unterstützer ab, attackierte die mit seiner Festnahme Beauftragten und entkam.

Um das Militär zu reorganisieren und seine Loyalität zurückzugewinnen, hat die Präsidentin kürzlich drei Generäle sowie 26 loyale Obersten und Marinekapitäne befördert, die älteren und erfahreneren Bewerbern vorgezogen wurden. Unter den Beförderten ist auch der neue stellv. Stabschef Rodolfo Biazon. Zum neuen Chef der Philippine Constabulary (PC) wurde Cesar Nazareno ernannt.

Für weitere "Stabilisierungsmaßnahmen" hat die Präsidentin beim Kongreß um Verlängerung ihrer Notstandsvollmachten nachgesucht, die im Juni auslaufen. Sie stößt auf wenig Gegenliebe. Den Angaben eines Abgeordneten zufolge ist eine einfache Verlängerung ohne erneute Erklärung des Notstandes ohnehin unzulässig.

Die US-Regierung ließ durch Außenminister Baker die weitere Unterstützung für Aquino zusichern, doch hinter den Kulissen wird debattiert, ob es sinnvoller ist, die Beziehungen zu den Philippinen künftig weniger stark an die Person Aquinos und auch des Verteidigungsministers Fidel Ramos zu binden, wie in einer Studie des "Congressional Research Service" vorgeschlagen, oder offene Kritik an Aquino künftig zu vermeiden, um sie nicht weiter zu schwächen, wie auf einem Seminar der "Heritage Foundation" diskutiert wurde. Eine Studie der CIA kommt zu dem Schluß, weitere Putsche würden der linken Guerilla nützen, es sei auch nicht zu erkennen, wie eine Militärjunta ihre Autorität legitimieren und das Land effektiv regieren könne.

AW 9., 16. u. 30.3.90; FEER 8. u. 15.3., 19.4.90; MC 6.4.90; PND 2.4. u. 14.5.90

Jaime, "Jimmy" Tadeo:
Demonstration für Landreform
Foto: H. Kotte

Der Bundestagsausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ) beriet in einer Sitzung am 30. Mai über einen Antrag der Grünen im Bundestag, das landwirtschaftliche Infrastrukturprojekt Bondoc ganz einzustellen. Neben den Abgeordneten der Grünen traten auch alle Abgeordneten der SPD für die Einstellung des Projektes ein, während die Abgeordneten der CDU für eine nochmalige Prüfung votierten. Die GTZ, bzw. der Projektleiter vor Ort Hans Jürgen Schmidt, sollen die Durchführbarkeit des Projektes (feasibility) nochmal anhand von drei Kriterien untersuchen: ob das Projekt im Zusammenhang mit der Agrarreform durchgeführt wird, ob ausreichend Sicherheit im Projektgebiet herrscht und ob die Bevölkerung an der Planung und Durchführung des Projektes beteiligt ist.

Die Lage im Projektgebiet hat sich indes weiter zuspitzt. Hans Jürgen Schmidt räumte bei einer Sitzung des Projektbeirats ein, daß die Sicherheitslage Sorge bereite

und das gesamte Projekt gefährden könne. Auch Lokalpolitiker beklagten gegenüber der Presse die Unfähigkeit des Militärs, den Projektmitarbeitern Schutz zu gewähren. Ohne Genehmigung der NPA werde den Mitarbeitern der Zutritt zum Projektgebiet verweigert.

Die philippinische Regierung setzt offenbar weiterhin auch auf die Durchführung der umstrittenen Straßenbau-Komponente des Projekts, die rund 80 % der vorgesehenen Gesamtsumme von etwa 30 Mio. DM verschlingen soll. Sie wurde erneut bei der Unterzeichnung der Vereinbarung über die erste Projektphase am 29.1.90 vom Sprecher des philippinischen Außenministeriums ausdrücklich herausgestellt.

Bei der Gelegenheit versicherte Peter Scholz, deutscher Botschafter in Manila, die Bundesregierung werde ihre Hilfe für die Philippinen absetzen, falls Rebellen die Macht ergreifen sollten. Doch vorerst fließt das Geld noch, so gewährt die Kreditanstalt für

Wiederaufbau (KfW) der philippinischen Regierung einen Kredit in Höhe von 31,17 Mio. DM für industrielle Entwicklung. Im Rahmen des Programms "Industry Sector Loan Programme" wird die philippinische Regierung Kredite an die Industrie vergeben zum Zwecke der Modernisierung, energiesparender Maßnahmen und der "Ausweitung der Produktionskapazitäten in arbeitsintensiven, exportorientierten Herstellungszweigen", was offensichtlich Rationalisierung bedeutet.

Außerdem finanziert die Bundesregierung ein Beratungsprogramm für philippinische Damenwäsche-Produzenten sowie deren Teilnahme an der Düsseldorfer IGEDO-Messe.

Die Aquino-Regierung schaut derzeit auch nach Osten, sie erhofft dort neue Märkte für ihren Arbeitskräfte-Export. Der philippinische Botschafter in Ostberlin, Rafael Gonzales, meinte, formelle Gespräche über die Anheuerung philippinischer Arbeitskräfte könnten nach den Wahlen vom 18.3. beginnen.

vgl. DG 30.1.90; Manila Bulletin 16.2.90; PND 19.3.; MC 19.4.90

Vorsitzender der Bauernbewegung "Jimmy" Tadeo verhaftet

Unter fragwürdigen Umständen wurde Jaime ("Jimmy") Tadeo, Vorsitzender der größten philippinischen Bauernorganisation KMP (Kilusang Magbubukid ng Pilipinas) und einer der profiliertesten Per-

sönlichkeiten der legalen Opposition, am 10. Mai in Manila verhaftet. Als Grund für die Verhaftung, die ohne gültigen Haftbefehl erfolgte, nannte das NBI (National Bureau of Investigation) Anstiftung zum



Aufbruch; tags darauf gab der Justizminister Franklin Drilon im Widerspruch dazu bekannt, Tadeo sei wegen Unterschlagung während seiner Zeit als Geschäftsführer einer Kooperative verhaftet worden. Das Urteil in diesem Verfahren aus der Marcos-Zeit war jedoch zum Zeitpunkt der Verhaftung noch nicht rechtskräftig, es lautet auf 18 Jahre Haft. Ein Zivilverfahren war wegen mangelnder Beweise bereits 1985 eingestellt worden. Tadeos Anwälte wollen den Fall nun vor die Vereinten Nationen bringen, die im Falle eines Verstoßes gegen den UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte das Urteil für ungültig erklären können. Die Teilnehmer des KMP-Kongresses, der zwei Tage nach der Verhaftung stattfand, protestierten gegen die Unregelmäßigkeiten bei der Handhabung des Verfahrens gegen Tadeo und waren der Ansicht, daß die Verhaftung politisch motiviert war.

Daily Globe 12., 14. u. 15.5.90; Malaya 14.5.90